

Lothar Binding
Mitglied des deutschen Bundestages

AUSGABE 12/2008
DEZEMBER 2008

NEUES . aus Berlin

Inhalt dieser Ausgabe Seite

Vorwort	1
Bundshaushalt 2009 verabschiedet	2
Erbschaftsteuer bleibt erhalten	3
Beschäftigungssicherungs- und Familienleistungsgesetz beschlossen	4
Münzfering bei Binding - ein straffer Zeitplan	5

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Genossinnen und Genossen,

im Rückblick auf das Jahr 2008 scheint die internationale Finanzmarktkrise das alles beherrschende Thema gewesen zu sein. Kein Wunder, denn auch in Deutschland sind die Auswirkungen deutlich spürbar. Viele Mitbürger haben sich aus Sorge um ihre Ersparnisse an mich gewandt. Nicht ganz überraschend trat ein schockierender Mangel an Verantwortungsbewusstsein bei vielen Banken zutage – die SPD Fraktion und Peer Steinbrück versuchen



Foto: Thomas Olig

schon seit einigen Jahren, die gute deutsche Finanzmarktregulierung zu exportieren.

Ein Blick, z.B. auf die Verabschiedung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes, zeigt das Verantwortungsbewusstsein unseres Parlaments und der Regierung.

Beim Klimaschutz haben wir einiges vorangebracht. So hat der Bundestag im Juni verschiedene Gesetze beschlossen, die wichtige Maßnahmen des 1. Integrierten Klima- und Energie-Pakets (IKEP) umsetzen. Damit übernehmen wir für künftige Generationen Verantwortung, wie auch die Verabschiedung des Kinderförderungsgesetzes zeigt. Eltern erhalten einen verbindlichen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag des Kindes. Die Eltern werden entlastet und die flächendeckenden qualifizierten Betreuungsangebote verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ein Grund, warum die Schere zwischen Arm und Reich auseinander geht, sind die stark auseinanderklaffenden Erträge aus Vermögen. Darum ist uns die Erbschaftssteuer so wichtig. Sie zu erhalten, ist einer unserer großen Erfolge. Mit den jährlichen Einnahmen von ca. 4 Mrd. Euro können die Länder in Betreuung und Bildung aber auch Arbeit und Umwelt investieren.

Natürlich wirft auch die Bundestagswahl 2009 ihre Schatten voraus. Ich bedanke mich für das große Vertrauen der Delegierten der Nominierungskonferenz für den Wahlkreis Heidelberg-Weinheim. Mit diesem Rückhalt in der Partei und klaren politischen Konzepten sind wir für die Bundestagswahl gut gerüstet – mit Blick auf die gegenwärtige Wahrnehmung unserer Partei in der Öffentlichkeit ist das auch notwendig.

Für die kritische Begleitung meiner Arbeit in 2008 bedanke ich mich sehr herzlich und wünsche Ihnen und Euch besinnliche Weihnachten und ein wenig Zeit für Eure Lieblingsgedanken und für das Jahr 2009 alles Gute.

Herausgeber

Lothar Binding, MdB

Redaktion dieser Ausgabe

Dietmar Erdmeier

Marco Winteroll

Susanne Weber

Thomas Olig

Carsten Albert

Norbert Theobald

Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 / 2 27-7 31 44

Fax: 030 / 2 27-7 64 35

lothar.binding@bundestag.de

Heidelberg/Weinheim

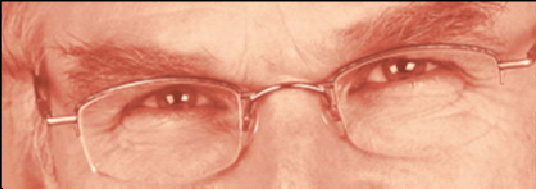
Bergheimer Straße 88

69115 Heidelberg

Tel.: 0 62 21 / 18 29 28



Lothar Binding



Bundshaushalt 2009 verabschiedet

Ende November haben wir den Bundshaushalt 2009 verabschiedet. Sein Volumen beträgt 290 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung von 2,8 Prozent im Vergleich zu letztem Jahr. Zur Bewältigung der Wirtschaftskrise erhöht der Bund seine Neuverschuldung auf 18,5 Milliarden Euro. Das sind 8 Milliarden Euro mehr. Leider hinterlässt die weltweite Finanzmarktkrise auch im Bundshaushalt ihre Spuren.

Neben meiner Arbeit im Finanzausschuss des Bundestages bin ich auch „ständiger Vertreter“ im Haushaltsausschuss, das heißt ich bin zwar offiziell nur stellvertretendes Mitglied im Ausschuss, habe aber zwei Einzelpläne zu betreuen. So bin ich für die Einzelpläne des Bundesjustizministeriums (BMJ) und des Bundesverfassungsgerichts zuständig. Ich stehe im engen Kontakt mit dem Ministerium und dem Bundesverfassungsgericht und versuche zwischen deren finanziellen Wünschen, den Wünschen der Parlamentarier und den finanziellen Möglichkeiten des Haushalts einen tragfähigen Kompromiss zu finden. Die Haushalte des BMJ und des Bundesverfassungsgerichts haben im Vergleich zu anderen Einzelplänen einen geringen Umfang. Im Justizhaushalt z.B. stehen Einnahmen von 383 Millionen Ausgaben von 500,4 Millionen Euro gegenüber. Das Bundesverfassungsgericht hat Einnahmen von 714 Tausend Euro und Ausgaben von knapp 23 Millionen Euro. Im Vergleich dazu hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales Einnahmen von 6,4 Milliarden Euro

und Ausgaben von 123 Milliarden Euro.

Wie man an den Zahlen erkennen kann, hat das BMJ eine hohe Deckungsquote zwischen Einnahmen und Ausgaben. Sie beträgt 76%, ohne Versorgungsausgaben – wie bei keinem anderen Ressort – sogar 100%. Das liegt hauptsächlich an den Einnahmen aus den Gebühren des Deutschen Patent-

führt im Extremfall dazu, dass Bürger Vorschriften nicht befolgen und viel Zeit und Geld in die Auslegung unverständlicher Behördenurteile investiert werden müssen. Ein Beispiel für unverständliche Vorschriften und deren Folgen ist die Gesetzgebung im Rahmen der Umsetzung von Hartz IV.

Der neuzugründende „Redaktionsstab der Bundesregierung“ ist im BMJ verankert, weil dem BMJ die Rechtsförmlichkeitsprüfung von Gesetzen unterliegt. In dem Redaktionsstab arbeiten Sprachwissenschaftler und Juristen zusammen. Sie sollen Gesetzgebungsverfahren so begleiten, dass die Gesetze im Ergebnis sprachlich einwandfrei, kohärent (zusammenhängend) und adäquat (angemessen) sind und einen hohen Grad an

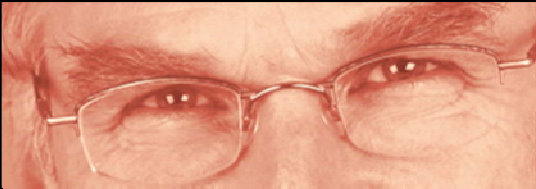


und Markenamtes (DPMA). Die Haushalte des BMJ und Bundesverfassungsgerichts sind stark von Personalausgaben geprägt, so dass es schwierig ist, auf politischem Weg Akzente zu setzen.

Es freut mich deshalb umso mehr, dass es uns gelungen ist, das vor zwei Jahren initiierte Projekt „verständliche Rechtssprache“ für die nächsten Jahre verbindlich im Justizministerium zu verankern. Gesetzentwürfe müssen sprachlich richtig und möglichst für jedermann verständlich sein. Diese an sich banale Forderung nach der allgemeinen Verständlichkeit des Rechts wird immer wieder von juristischen Laien, aber auch von vielen Juristen erhoben, weil es in der Realität oft anders ist. Die Unverständlichkeit von Vorschriften

Allgemeinverständlichkeit aufweisen. Sofern ein Kompromiss zwischen Allgemeinverständlichkeit und juristischer Fachsprache gefunden werden muss, soll dieser gut begründet sein.

Ich glaube, dass dies ein wichtiger Schritt ist, um Bürokratie abzubauen, Kosten zu sparen und die Akzeptanz von Gesetzen zu erhöhen.



Erbschaftsteuer bleibt erhalten

Am 27. November 2008 haben wir die Reform der Erbschaftsteuer (Drs. 16/7918, 16/11075) beschlossen. Dieser Kompromiss steht am Ende langer, teils schwieriger Verhandlungen mit dem Koalitionspartner und den Bundesländern. Der Bundesrat hat dem Erbschaftsteuerreformgesetz bereits zugestimmt. Wir haben bei diesen parlamentarischen Beratungen wichtige Weichen hin zu einem gerechten und solidarischen Erbschaft- und Schenkungssteuerrecht gestellt und zentrale sozialdemokratische Zielsetzungen durchgesetzt:

- Steuerentlastungen für enge Verwandte
- Sicherung der Arbeitsplätze und Fortführung vererbter Unternehmen
- Erhalt der Steuereinnahmen für die Länder.

Die Neuregelungen werden zum 1. Januar 2009 in Kraft treten. Sie sind notwendig, weil das Bundesverfassungsgericht entschieden hatte, dass das bisherige Recht die Erben von Immobilien, Unternehmen oder landwirtschaftlichen Betrieben gegenüber Erben von Kapitalvermögen begünstigt hat und damit gegen das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes verstößt. Diese Vermögenswerte wurden nicht zu ihrem eigentlichen Marktwert, sondern zu deutlich geringeren Preisen bewertet. Künftig hingegen richtet sich die Bewertung aller Vermögensarten nach ihrem wirklichen Wert. Die Erbschaftsteuer wird damit eine ehrliche und gerechte Bemessungsgrundlage bekommen.

Kernfamilie wird begünstigt

Der Großteil der Menschen, die kleine oder mittlere Vermögen

erben, zahlt weiterhin keine oder deutlich weniger Erbschaftsteuer. Ehegatten, Lebenspartner oder Kinder, die ein Haus, einen Be-

trag von 500.000 Euro, den besonderen Versorgungsfreibetrag von 256.000 Euro und auch die Steuerfreiheit selbstgenutzten Wohneigentums.

Leider konnten wir einige weitere Aspekte, die uns wichtig waren, gegen den Widerstand der Unionsfraktion nicht durchsetzen – etwa die Besserstellung von Geschwistern oder die vollständige Gleichbehandlung eingetragener Lebenspartnerschaften bei den Steuertarifen.

Tarifstufenerträge in €	Steuersätze in % für Erwerber der							
	Steuerklasse I		Steuerklasse II			Steuerklasse III		
	Geltendes Recht	Neu- regelung	Gel- tendes Recht	Meine bevorzugte Lösung	Neu- regelung	Gel- tendes Recht	Meine bevorzugte Lösung	Neu- regelung
52.000	75.000	7	12	20	30	17	25	30
256.000	300.000	11	17	25	30	23	30	30
512.000	600.000	15	22	30	30	29	35	30
Meine bevorzugte Lösung	4.000.000							
5.113.000	6.000.000	19	27	40	30	35	45	30
Meine bevorzugte Lösung	12.000.000							
12.783.000	13.000.000	23	32	45	50	41	50	50
25.585.000	26.000.000	27	37	45	50	47	50	50
darüber	darüber	30	40	45	50	50	50	50

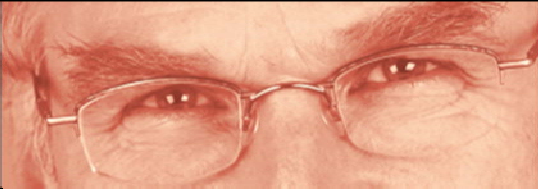
trieb, Barvermögen oder Wertpapiere erhalten, profitieren in der Regel von der Reform. Dafür sorgen günstige Steuertarife, großzügige persönliche Freibeträge für Ehepartner und Kinder und Sondervergünstigungen für selbstgenutztes Wohneigentum.

Der persönliche Freibetrag für Ehegatten wird um über 60 Prozent auf künftig 500.000 Euro angehoben, der Freibetrag für Kinder auf 400.000 Euro nahezu verdoppelt und der Freibetrag für Enkel mit künftig 200.000 Euro gegenüber dem geltenden Recht fast vervierfacht. Zusätzlich bleibt Wohneigentum steuerfrei, das der überlebende Ehegatte zehn Jahre selbst nutzt, also weder vermietet, verpachtet oder verkauft. Bei Übertragung des elterlichen Wohneigentums an Kinder ist diese Steuerbefreiung auf insgesamt 200 qm beschränkt.

Wir verbessern die Situation eingetragener Lebenspartner deutlich und stellen sie weitgehend gleich

Steuerprivileg für Unternehmen

Wir wollen die Erben in der schwierigen Phase des Übergangs eines Betriebs von einer Generation auf die folgende steuerlich entlasten. Kein Unternehmen soll in wirtschaftliche Schieflage geraten, weil Erbschaftsteuer fällig wird. Alle Arbeitsplätze sollen erhalten, alle Betriebe weitergeführt werden können. Deshalb gibt es auch für vererbtes Betriebsvermögen umfangreiche steuerliche Entlastungsmöglichkeiten. Die Steuerbefreiung auf Betriebsvermögen ist allerdings an Gegenleistungen gebunden. Wir verlangen den Erben und Erben die Einhaltung strenger Voraussetzungen ab: Sie müssen ihr steuerlich begünstigtes Unternehmen weiterführen und Arbeitsplätze erhalten. Für Firmenerben wird es zukünftig zwei Optionen geben, deren Wahl bindend ist, d.h. nachträglich nicht geändert werden kann.



Option 1: Firmenerben, die den ererbten Betrieb im Kern sieben Jahre fortführen, werden von der Besteuerung von 85 Prozent des übertragenen Betriebsvermögens verschont. Voraussetzung dafür ist, dass eine Lohnsumme von 650 Prozent im Gesamtzeitraum – durchschnittlich also fast 93 Prozent – erhalten bleiben. Eine weitere Voraussetzung ist, dass das im Betrieb befindliche Verwaltungsvermögen, etwa Wertpapiere oder vermietete oder verpachtete Grundstücke, nicht höher als 50 Prozent ist.

Option 2: Firmenerben, die den ererbten Betrieb im Kern zehn Jahre fortführen, werden komplett von der Erbschaftsteuer verschont. Voraussetzung ist, dass die Lohnsumme der zum Erbzeitpunkt entspricht. Außerdem darf sich zum Zeitpunkt des Betriebsübergangs nicht mehr als 10 Prozent Verwaltungsvermögen im Betriebsvermögen befinden. Es soll verhindert werden, dass Verwaltungsvermögen kurz vor der Übertragung entnommen und dann wieder dem Betrieb zugeführt wird. Diese 10-prozentige Grenze war uns sehr wichtig, weil dadurch hohe Steuerausfälle nicht

zu befürchten sind.

Das wichtigste für die SPD-Bundestagsfraktion ist: Die Erbschaftsteuer in Höhe von jährlich etwa 4 Milliarden Euro bleibt den Bundesländern erhalten. Sie können damit in moderne Schulen und Universitäten, in Lehrkräfte und Erzieherinnen, in die Betreuung, Förderung und Ausbildung unserer Kinder investieren.

Beschäftigungssicherungs- und Familienleistungsgesetz beschlossen

Maßnahmenpaket Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung

Mit dem Beschäftigungspaket, das wir in diesem Monat beschlossen haben, fördern und erhalten wir die Investitionsfähigkeit unserer Wirtschaft. Insbesondere kleinere Handwerksbetriebe und mittlere Unternehmen werden durch verbesserte steuerrechtliche Abschreibungsmöglichkeiten profitieren. Unser Ziel ist es, gute Voraussetzungen für die rasche Überwindung der Konjunkturschwäche und insbesondere für die Sicherung von Arbeitsplätzen zu schaffen.

Wir werden z.B. die steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen für Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen ausweiten, indem wir den Steuerbonus auf 20 Prozent von 6.000 Euro zum 1. Januar 2009 verdoppeln. Das bedeutet, dass im Rahmen der Steuererklärung bis zu 6.000 Euro Kosten steuerlich abgesetzt werden können, wodurch eine Reduzierung der Steuerlast um bis zu 1.200 Euro möglich wird.

Für Pkw mit Erstzulassung ab dem Kabinettsbeschluss vom 5. November 2008 bis zum 30. Juni 2009 wird eine befristete Kfz-Steuerbefreiung für ein Jahr eingeführt, um die Kaufzurückhaltung bis zur Klarheit über die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Basis aufzulösen. Für Fahrzeuge, die die Euro-5-Norm und die Euro-6-Norm erfüllen, verlängert sich die maximale Kfz-Steuerbefreiung auf zwei Jahre ab Erstzulassung. Die Kfz-Steuerbefreiung endet in jedem Fall am 31. Dezember 2010.

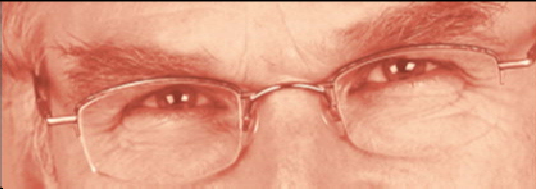
Familienleistungsgesetz – deutliche Entlastung für Familien

Ebenfalls haben wir in der letzten Sitzungswoche das Familienleistungsgesetz beschlossen. Mit dem Gesetz wird der Kinderfreibetrag für jedes Kind von 3.648 Euro auf 3.864 Euro erhöht.

Die Freibeträge für jedes Kind werden von 5.808 Euro auf 6.024 Euro angehoben. Das Kindergeld steigt für die ersten beiden Kinder von 154 Euro auf 164 Euro, für

dritte Kinder um 16 Euro auf 170 Euro sowie für vierte und weitere Kinder auf 195 Euro.

Die steuerliche Förderung für haushaltsnahe sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und haushaltsnahe Dienstleistungen, einschließlich Pflegeleistungen, wird stark vereinfacht und erweitert. Die Förderung beträgt zum 1. Januar 2009 einheitlich 20 Prozent der Aufwendungen von bis zu 20.000 Euro, höchstens 4.000 Euro pro Jahr. Jeweils zum Schuljahresbeginn erhalten Kinder von SGB II- und SGB XII- Beziehern eine zusätzliche Leistung für die Schule von 100 Euro. Im bisherigen Verfahren hat es zu meinem großen Bedauern die CDU verhindert, dass die Zahlungen bis zum Abitur erfolgen und nicht nur bis zum Ende der 10. Klasse. Ich hoffe, dass der Vermittlungsausschuss diesen großen Fehler bereinigen wird.



Müntefering bei Binding - ein straffer Zeitplan

Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering zu Gast in Lothar Bindings Wahlkreis – Besuch bei ABB und „Aus der Nähe“ in Weinheim.

Frankfurt / Flughafen - Auf dem Parkplatz vor dem Terminal eins stehen zwei Männer vor einem Audi A8. Auch ein Kamerateam ist da. Immer wieder blicken sie auf die Uhr, mal die Beamten, mal die Reporter. „Warum kommen die nicht?“ Die Lufthansa-Maschine LH 183 von Berlin-Tegel hat Verspätung - wegen Nebel.

Der Nebel lichtet sich, die Sonne scheint. Kurz darauf biegt ein blau-weißer Polizei-Transporter auf den Parkplatz ab. Die hintere Schiebetür springt auf, als erstes streckt Lothar Binding seinen Kopf aus dem Wagen, dann Franz Müntefering. Schnurstracks läuft Mün-te – wie immer mit rotem Schal – auf den Kameramann zu und gibt ein kurzes Interview, während seine Mitarbeiter das Gepäck im Auto verstauen.

Der Zeitplan ist straff gestrickt. Erst ein Firmenbesuch, dann zur Zeitung, Abendessen und als Höhepunkt des Tages soll Mün-tefering in Weinheim vor 500 Gästen Lothar Binding Rede und Antwort stehen. Die Veranstaltung trägt den Namen „Aus der Nähe“ und wird so zum 10. Mal durchgeführt. Schnell geht es über die Autobahn, um wieder ein bisschen Zeit aufzuholen. Erstes Ziel: Der Heidelberger Stadtteil Pfaffengrund und die Firma ABB. In den Werkshallen des Herstellers von elektrotechnischen System-Anlagen will sich der Partei-Chef ein Bild über Fertigung und Ausbildung machen. Dort angekommen herrscht „großer Bahnhof“. Müntefering und Binding werden von ABB-Geschäftsführer Bernhard Schmeing, Personalvorstand Ferenc Remenyi, Betriebsrat Werner Kief und dem IG-Metall-Bezirks



Foto: Carsten Albert

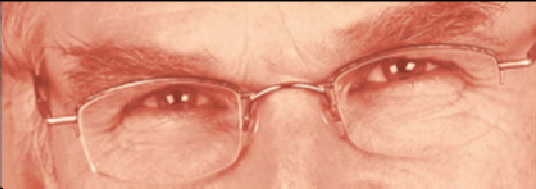
bevollmächtigten Mirko Geiger in Empfang genommen.

Auf dem Programm: Erst eine kleine Einführung in die Unternehmensstruktur, dann ein Rundgang durch die Produktion.

In einer der Werkshallen steht die Belegschaft mit schüchternem Sicherheitsabstand um die prominenten Gäste versammelt. „Den kenn' ich aus'm Fernsehen“, sagt einer der Mitarbeiter. Fotohandys werden gezückt, Erinnerungsbilder geschossen. Der SPD-Vorsitzende winkt die Mitarbeiter näher zu sich heran. Er will eine kleine Ansprache halten. „Made in Germany ist eigentlich eine Sache der deutschen Facharbeiterschaft“, sagt der gelernte Industriekaufmann. Forschung, Entwicklung und Produktion, alles gepaart an einem Wirtschaftsstandort, „das ist die große Stärke, die wir haben.“ Und da seien Unternehmen wie ABB vorne dabei. Auch vor einer drohenden Rezession müsse einem nicht bange sein, wenn die Entwicklung weitergehe und wider

den Trend investiert werde. „Ich will Ihnen ein bisschen Mut machen.“ Es gibt Applaus. Die Mitarbeiter sind begeistert. Franz Müntefering und Lothar Binding werden weitergeführt. Sie wollen noch die Ausbildungswerkstatt sehen. Dort sitzt eine ganze Schar junger Frauen und Männer hinter ihnen. Die beiden Bundespolitiker lassen sich erklären, was die jungen Leute hier lernen. Müntefering beugt sich interessiert über einen der Kästen, an denen ein Azubi gerade arbeitet. Der junge Mann lässt sich wenig von dem Polit-Promi neben ihm beirren. An einer anderen Werkbank begutachtet Lothar Binding wenig später ein Messing-Drehteil, das einer der Lehrlinge gefräst hat. Mit kritischem Blick misst er nach. Dann lacht er, klopft dem Azubi auf die Schulter. „Gute Arbeit.“

Mün-teferings persönlicher Referent blickt auf die Uhr. Schon nach 17 Uhr. Eigentlich sollten die Abgeordneten schon seit fünf Minuten zum Interview in der Redaktion der Rhein-Neckar-Zeitung sein. einen Schreibtisch hat.“



„Auf dem Stuhl saßen schon Willy Brandt und Herbert Wehner“, meint RNZ-Chefredakteur Manfred Fritz als er Müntefering bittet, Platz zu nehmen. „Kann ich den Stuhl mitnehmen?“, scherzt Münte. Fritz ist Profi im Umgang mit Polit-Prominenz. Er fragt ihn aus – über Hessen und Ypsilanti, wie er die Lage in der Finanzkrise einschätzt, wie die SPD den nächsten Wahlkampf angeht und warum Münte nicht selbst Kanzlerkandidat werden wollte.



Begrüßung neuer Parteimitglieder Foto: Carsten Albert

Nicht ohne Stolz präsentiert Fritz dem SPD Chef nach dem Interview ein paar Fotos von Redakteuren, Druckern und Metteuren aus der Nachkriegszeit und erzählt wie die RNZ unter amerikanischer Lizenz-Aufsicht vor fast 65 Jahren die ersten Zeitungen herausgab.

Müntefering hat sich im Gespräch mit Fritz gut geschlagen. „Die Diskussion in Hessen muss ein Ende haben“, sagte er. Viel wichtiger sei es, nach vorne zu schauen und herauszustreichen, „wo es in Hessen drauf ankommt.“ Auch auf Bundesebene gäbe es wichtige Aufgaben, denn die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Realwirtschaft verlangten Antworten zur Sicherung des Wohlstands und der Arbeitsplätze, das gelte es jetzt im Schulterchluss mit der Union zu bewältigen – Wahlkampf sei schließlich erst im Sommer. Ach, und Kanzlerkandidat zu werden? Das sei ihm gar nicht in den Sinn gekommen. Der SPD-Vorsitzende spricht eloquent und in ganzen Sätzen. Aber ohne ein

paar lockere Münte-Sprüche im Stakka-to der „Volksschule Sauerland“ kann er hier auch nicht – damit punktet er jedoch auch bei der versammelten RNZ-Redaktion als einer, „der es seinen Zuhörern leichter macht“, wie Redakteur Klaus Welzel in seinem anschließenden Bericht konstatiert.

Wieder drängt die Zeit. In Weinheim steht das Abendessen mit Vertretern des dortigen SPD-Ortsvereins an. Beim Italiener gab es Salat, Spaghetti und Pizza. In der Stadthalle warten fast 500 Genossen und SPD-Freunde ungeduldig auf Binding und den Parteivorsitzenden.

Die Tür zum Saal geht auf. Die Besucher in der Stadthalle heißen den Gast lautstark applaudierend willkommen. Und man hat das Gefühl, dass Münte sich hier besonders wohl fühlt. Er nimmt das obligatorische Bad in der Menge, schüttelt Hände, winkt und freut sich über den gewaltigen Empfang.



Aus der Nähe Foto: Carsten Albert

Die Talkrunde „Aus der Nähe“ ist fast schon eine Institution des Heidelberger Bundestagsabgeordneten. Immer wieder lädt er bekannte Polit-Vertreter in seinen Wahlkreis ein, um mit ihnen zu diskutieren und aktuelle Fragen zu erörtern – aber auch, um ganz einfach nur zu plaudern. Münte ist hier in seinem Element. Er erzählt aus seiner Schulzeit. Damals im Sauerland. Schwelgt in Anekdoten über den Willy-Brandt-Wahlkampf 1969 und schließlich berichtet er ganz offen vom Leidensweg seiner jüngst verstorbenen Frau Ankepetra. In einer viertel Stunde macht er einen Ritt quer durch 68 Jahre Curriculum Vitae Müntefering.

Binding schont sein Gegenüber nicht mit kritischen Fragen und bringt auch bei überzeugten Sozialdemokraten umstrittene Themen aufs Tapet. Müntefering antwortet geduldig. Zwischendurch verteilt er gelegentliche Seitenhiebe auf den politischen Gegner. Vor allem Oskar Lafontaine und Guido Westerwelle werden immer wieder zur Zielscheibe – teils blumig, teils direkt. Und immer wieder gibt es Zwischenapplaus – so etwa als der Sozialdemokrat konstatiert, „dass mit einem Mann wie Lafontaine keine gemeinsame Politik möglich ist“, oder als er auffordert, „das Thema Liberalismus nicht denen zu überlassen, die das in ihrem Namen tragen.“ Eine beiläufige Bemerkung zur CDU läßt das Auditorium aufhorchen: „In einer Demokratie sind wir aufeinander angewiesen“, betont Münte, „auch wenn die Sozialdemokraten meistens Recht haben...“ Diesen Satz kann er fast nicht mehr vollenden. Es gibt lauten Beifall.

Mittlerweile ist es halb Elf Uhr. Müntefering und Binding schreiben noch ein paar Autogramme. Widmungen und ein Foto, gemeinsam mit den Genossen Franz und Lothar, sind begehrt. Dann, „Wir müssen langsam...“, sagt ihm sein Mitarbeiter. Zwar ist der offizielle Teil vorbei, bevor der Gast allerdings die Heimreise antritt, lässt er sich noch auf ein kleines Bier überreden. Der Tag war stressig, aber ein Erfolg, und Münte entspannt sich mit einem hellen Pils – einem „Binding“.

(Zeitungsbericht von Carsten Albert und Norbert Theobald)